

# Offener Brief an alle Bundestagsabgeordnete zum kollektiven Versagen einer Politiker-Generation

November 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat die Haushaltslage der Bundesrepublik beschwert. Mit einem Schlag könnte man den Haushalt sanieren, wenn man endlich die desaströse „Klimapolitik“ beenden würde.

Ein Blick zurück:

Bis 1985 hielt sich die Wissenschaft hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des globalen Klimas weitgehend zurück, allenfalls sprach man von einer möglichen bevorstehenden Eiszeit.

Es war zweifelsfrei die Kernkraftindustrie - damals zunehmend der Kritik ausgesetzt (Brokdorf, Wyl, Wackersdorf) - die mit unverantwortlichen und maßlos übertriebenen Behauptungen die Lüge von der Klimakatastrophe in die Welt gesetzt hat. „Die Erde erhitzt sich auf 20 oder sogar 30°C“. Diese Katastrophe können wir nur vermeiden, wenn wir in Zukunft CO<sub>2</sub> – freien Atomstrom verwenden.

Die gerade neuentstehende Windkraftindustrie und PV-Industrie reklamierte diese Aussage gerne auch für sich und nutzte die Havarie von Tschernobyl (1986) für ihre Zwecke. Aber auch ganz andere gesellschaftliche Gruppen nutzten das neue Narrativ von der Klimakatastrophe, so z.B. der Club of Rome, eine Gründung des amerikanischen Geldadels. Dieser war (wörtlich) „auf der Suche nach einem neuen Feind“. Es wurde auch erkannt, dass „Klimaschutz“ eine großartige „Geschäftsidee“ sein könnte.

Zur Absicherung des Narrativs von der Klimakatastrophe pumpte der amerikanische Geldadel Milliarden von USD in eine gigantische PR-Kampagne.

Zu allem Überflus wurde 1990 der Ost-West-Konflikt beendet. Die hohen Rüstungsausgaben wurden dezimiert, so dass die Industrie eine neue „Front“ suchte, es war der Kampf gegen die Klimakatastrophe. Es war schließlich egal, ob der Beton in unsinnige und unwirksame Windtürme verbaut wird oder in Kasernen, die Rüstungsindustrie „transformierte“ sich sehr schnell in eine „Klimaschutzindustrie“ – Hauptsache der Staat subventioniert.

Bis heute hat Deutschland etwa 1,5 Billionen € in Klimaschutzmaßnahmen investiert, finanziert über Inflation (höhere Energiepreise, EEG-Umlage etc.), höhere Mieten und höhere Baukosten (energetische Sanierung, höhere Anforderungen) und Ausgaben aus dem Staatshaushalt zu Lasten der Infrastruktur, der Verteidigung, der Bildung etc.. Insgesamt können es 7 Billionen € werden.

Klimaschutz ist eben das „Wahre, Gute und Profitable“ (Trittin).

Das Ergebnis für den Klimaschutz ist Null. Die globale Emission von CO<sub>2</sub> hat sich seit 1990 fast verdoppelt und steigt ungebremst weiter. Auf der anderen Seite leiden die Bürger an der Inflation, an teurer und knapper Energie und verspüren eine zunehmende Gängelung. Die Industrie wandert ab.

Eine nachvollziehbare naturwissenschaftliche Beweisführung für den Zusammenhang CO<sub>2</sub> – Emission und Klimaänderung gibt es nicht. Man hat sich daher auf „Computersmodelle“ geeinigt, doch die sind „nicht perfekt“ (Rahmstorf), sie sind wie „ein Blick in die Glaskugel“.

Es ist nachweisbar, dass alle Politiker mehrfach von ernst zu nehmenden Wissenschaftlern und Fachleuten auf die Unhaltbarkeit der These vom „anthropogenen Klimawandel“ hingewiesen wurden, ebenso auf die Unwirksamkeit der Maßnahmen. Es grenzt schon fast an „vorsätzliches Handeln zu Lasten der Allgemeinheit“. Im zivilen Bereich würde man das Strafrecht heranziehen.

Mit freundlichen Grüßen  
Norbert Patzner

Autor des Buches

„Das Ende der liberalen Demokratie? – Die Feinde der Freiheit haben die Klimakrise entdeckt“